

► Prävention kompakt

Auf diesen Seiten finden Sie nützliche Erklärungen von Begriffen rund um das Thema Prävention von A wie A.C.A.B. bis Z wie Zoll.



Drogenpolitik

Die Drogenpolitik umfasst die Maßnahmen des Gesetzgebers, den Drogenkonsum zu verbieten beziehungsweise die Folgen des Drogenkonsums abzumildern. Sie ist Teil der Sozial-, Sicherheits- und Gesundheitspolitik.

Handlungsfelder

Die wesentlichen Handlungsfelder der Sucht- und Drogenpolitik sind:

Prävention: Durch Aufklärung über die Gefahren des Suchtmittel- oder Drogenkonsums soll erreicht werden, dass es gar nicht erst zu einem gesundheitsschädlichen Konsum oder einer Sucht kommt.

Beratungs- und Behandlungsangebote zum Ausstieg aus dem Suchtverhalten sollen erhalten und gestärkt werden, damit jeder Suchtkranke das Angebot in Anspruch nehmen kann, das er benötigt.

Maßnahmen zur Schadensreduzierung wie der Spriztentausch sollen die gesundheitliche und soziale Situation des Suchtkranken stabilisieren und einen späteren Ausstieg aus der Sucht ermöglichen.

Gesetzliche Regulierungen zur Angebotsreduzierung: Dazu gehören beispielsweise Nichtraucher- und Jugendschutzgesetze und das Betäubungsmittelrecht.

Progressiver und repressiver Ansatz

Die Drogenpolitik wird in der Regel von zwei Ansätzen beherrscht, die sich gegenüberstehen. Die Kernfrage, ob und wie der Konsum von illegalen Drogen zu reglementieren ist, wird von diesen Ansätzen unterschiedlich beantwortet. Zum einen existiert der „repressive“ Ansatz. Er will Anbau, Herstellung, Vertrieb sowie Besitz und Konsum von Drogen verbieten. Ziel ist eine drogenfreie Gesellschaft. Global gesehen (auch in Deutschland) ist dies das herrschende Modell. Zum anderen fordert der „progressive“ Ansatz dazu auf, sich der Tatsache zu stellen, dass Drogen trotz Repression konsumiert werden. Das Ziel ist hier die Entkriminalisierung von Drogengebrauchern. Ob der Schutz des Individuums besser durch den „repressiven“ oder „progressiven“ Ansatz geleistet wird, ist nicht nur in der Politik strittig. Zwischenüberschrift] Kritik an der deutschen Drogenpolitik Zu restriktive Regeln hinsichtlich der illegalen Drogen einerseits, zu laxen Regeln hinsichtlich der legalen Drogen andererseits – auf diesen Nenner lässt sich die Kritik der Experten an der gegenwärtigen deutschen Drogenpolitik bringen. So verzichte die Politik auf einfache Mittel im Umgang mit legalen Drogen, etwa ein vollständiges Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak. In 21 US-Bundesstaaten ist Marihuana mittlerweile zumindest teilweise legal. Auch im südamerikanischen Land Uruguay sind Anbau und Verkauf von Cannabis nun in engen Grenzen erlaubt. Die Abgabe von maximal 40 Gramm pro Monat und Person erfolgt in Apotheken und nur an vorher registrierte Konsumenten.

Siehe auch:

[Drogenbeauftragte](#)
[Drogenbesitz](#)
[Drogenkonsum](#)

[Zurück](#)